

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

6. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

24. März 2009

Wahlen'09

Original sozial ▶

Original sozial - Kommunalwahl 2009

Auf seinem Stadtparteitag am 14. März 2009 hat der Stadtverband DIE LINKE Halle (Saale) die Grundlagen für ihren Wahlantritt zur Kommunalwahl am 7. Juni 2009 gelegt.

Im Wahlprogramm, das nach zwei-monatiger Diskussion einstimmig beschlossen wurde, stellt DIE LINKE Halle die Frage der sozialen Gerechtigkeit sowie einen generationsgerechten Stadtumbau in den Mittelpunkt ihrer zukünftigen Arbeit.

Unter anderem fordert DIE LINKE Halle, bei den Leistungen des Halle-Passes wieder Ermäßigungen für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs einzuführen und den Berechtigtenkreis auch auf Menschen mit geringem Einkommen auszudehnen.

Die Tätigkeit der ARGE soll weiter kritisch begleitet werden.

Beim Stadtumbau soll sich die Stadt zukünftig stärker der sich veränderten Altersstruktur zuwenden und die zur Verfügung stehenden Mittel

darauf konzentrieren, Wohngebiete so zu gestalten, dass sie für alle Generationen optimale Lebensbedingungen bieten. Der zunehmenden Segregation in Halle soll so entgegengewirkt werden.

Eine Schlüsselrolle beim Stadtumbau kommt dabei den kommunalen Wohnungsunternehmen zu. Sie sollen gestärkt werden, Privatisierungsabsichten erteilte DIE LINKE Halle eine klare Absage. Auch alle weiteren kommunalen Unternehmen dürfen nicht privatisiert werden, um der Stadt bei der Gestaltung von Leistungen der Daseinsvorsorge die Handlungsspielräume zu erhalten.

Bei der Standortplanung von Schulen fordert DIE LINKE eine stärkere Beteiligung von Eltern und Schülern.

Um eine drohende Entschulung des halleischen Südens zu vermeiden, schlägt DIE LINKE vor, dort eine integrierte Gesamtschule zu entwickeln.

Einen Richtungswechsel bei der städtischen Kulturpolitik wird von der LINKEN angestrebt. „Kunst und Kultur leben nicht davon, dass sie als Anspruch konserviert werden“, heißt für DIE LINKE, dass nicht die vorhandenen Haushaltsmittel Grundlage der Planung für die städtischen Kultureinrichtungen sein darf. Es muss in der nächsten Legislaturperiode gelingen, ein Gesamtkulturkonzept zu entwickeln, das Grundlage für die Entscheidungen des Stadtrates sein soll.

Dabei setzt DIE LINKE auf eine dynamische Entwicklung der Kultur, statt auf statischen Bestands-erhalt.

Einrichtungen der „Alltagskultur“ in Vereinen sowie die kulturelle Bildung sollen dabei allergrößte Aufmerksamkeit genießen, für sie sollen zuverlässige Haushaltsmittel verstetigt werden.

DIE LINKE Halle lehnt einen 3. Saaleübergang im Hinblick auf die Verkehrsentwicklung der vergangenen Jahre ab.

weiter auf Seite -2-



Original sozial - Kommunalwahl 2009

Fortsetzung von Seite -1-

DIE LINKE Halle tritt mit 26 Kandidatinnen und Kandidaten in den 5 halleschen Wahlbereichen an, im Einzelnen bewerben sich für ein Mandat im Stadtrat:

Wahlbereich 1

1. Dr. Bodo Meerheim
2. Ute Borchert
3. Dr. Erwin Bartsch (parteilos)
4. Heike Deuerling-Kalsow
5. Dieter Schika

Wahlbereich 2

1. Hendrik Lange
2. Frigga Schlüter Gerboth
3. Bertolt Marquardt
4. Olaf Sieber
5. Dr. Uwe Köck

Wahlbereich 3

1. Rudenz Schramm (parteilos)
2. Dr. Petra Sitte
3. Swen Knöchel
4. Rüdiger Ettingshausen
5. Frank-Detlef Grasse

Wahlbereich 4

1. Elisabeth Nagel
2. Uwe Heft (parteilos)
3. René Trömel
4. Hans-Jürgen Krause

Wahlbereich 5

1. Ute Haupt
2. Dr. Mohamed Yousif (parteilos)
3. Katharina Rommel
4. Hubert Leuschner
5. Birgit Leibrich (parteilos)
6. Hans-Jürgen Schiller
7. Jörg Puschmann

DIE LINKE Halle möchte mit ihren inhaltlichen und personellen Angeboten mit den Hallenserinnen und Hallensern ins Gespräch kommen.

Ihren 2004 errungenen Platz, als stärkste politische Kraft in Halle, will sie bei der Kommunalwahl im Juni verteidigen.

Kommunen nicht schwarzen Peter zuzuschieben

Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Reform der Jobcenter wird in dieser Legislatur nicht mehr stattfinden. Union und SPD konnten sich auf kein gemeinsames Konzept einigen. Dazu erklärt die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping:

Auf Kosten der Betroffenen und der Mitarbeiter in den Jobcentern setzen Union und SPD die Entscheidung bis zum Wahltag aus. Dies ist erneut eine Niederlage für die SPD, die sich mit ihren Vorschlägen nicht durchsetzen kann. Die Union spekuliert auf eine künftige Koalition mit der FDP, um dann den Kommunen den schwarzen Peter zuzuschieben. Sie sollen nach Vorstellung der Union künftig für Erwerbslose zuständig sein. Damit wird der kommunalen Konkurrenz um den höchsten öffentlichen Zuschuss für die Wiedereingliederung von Erwerbslosen Tür und Tor geöffnet. Einen solchen kommunalen Kannibalismus darf es nicht geben.

Arbeitslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. DIE LINKE sagt eindeutig: Arbeitslosigkeit darf nicht kommunalisiert werden. Wir fordern eine bundesweite Bündelung der arbeitsmarktpolitischen Aufgaben unter dem Dach der Bundesagentur für Arbeit. Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesagentur ihren sozialpolitischen Auftrag annimmt und nicht nur rein betriebswirtschaftlich agiert. Durch die Hartz-Gesetze hat sich die Situation von Millionen Erwerbslosen und ihren Familien verschlechtert. DIE LINKE bleibt dabei: Hartz IV muss weg.

Die Basisorganisation Riebeckplatz/Hofjäger lädt zur öffentlichen Mitgliederversammlung ein.

Europa- und Kommunalwahl 2009

Wie gut aufgestellt ist DIE LINKE?

Donnerstag, 08. April 2009, 16:00 Uhr

Haus des Lehrers, Raum 309 (Riebeckplatz)

mit Swen Knöchel,

Stadtvorsitzender und Delegierter

des Europaparteitages

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

19.03.2008

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 02.04.2008

Den Widerstand von Wehrmachtssoldaten anerkennen

Auf Jan Kortes Initiative fand Anfang März eine Anhörung der Linksfraktion zum Thema der Rehabilitation sogenannter „Kriegsverräter“ statt.

Zur Anhörung, die von Gregor Gysi eröffnet wurde und an der Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland, der SPD und der grünen Bundestagsfraktion teilnahmen, waren mit Prof. Dr. Wolfram Wette

müsse auch die Leistung derjenigen anerkennen, die sich diesem Krieg verweigert hätten, sagte Gregor Gysi in seinem Eingangsstatement. Auch Ludwig Baumann äußerte Unverständnis darüber, dass er und andere, die „den Krieg verraten“ hätten, bis heute noch nicht rehabilitiert seien.

Der Militärhistoriker Prof. Dr. Wolfram Wette schilderte Fälle,

hatten, wurden weiterhin als Verbrecher gebrandmarkt und seien bis heute nicht rehabilitiert. Nicht nur um den damals zu unrecht verurteilten „Kriegsverrättern“ und ihren Familien gerecht zu werden, sondern auch um des Selbstverständnisses unserer heutigen Gesellschaft willen sei es dringend nötig, eine vollständige, generelle Rehabilitation durchzusetzen.

Günter Knebel, Vertreter der EKD und Mitglied der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, schloss sich dieser Forderung an und forderte eine schnelle überparteiliche Einigung im Bundestag. Frank Schwabe (MdB) äußerte sich positiv zu diesem Anliegen und versicherte, die SPD-Fraktion werde sich kurzfristig zu diesem Punkt verhalten. MdB Wolfgang Wieland von Bündnis 90/Die Grünen sagte, es sei bekannt, dass seine Fraktion den Antrag der Linksfraktion zur Rehabilitation sogenannter Kriegsverräter unterstützt. Bereits im Jahr 2006 hatte Jan Korte für die Linksfraktion diesen Antrag in den Bundestag eingebracht. Seither ist nichts geschehen, zuletzt wurde der Antrag am 28. Januar mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit von der Tagesordnung des Rechtsausschusses gestrichen. Es bleibt zu hoffen, dass nach den positiven Signalen in der letzten Zeit nun ein Umdenken in der Großen Koalition stattfindet. Bei einer sachlichen Prüfung der Fakten spricht kein vernünftiges Argument gegen eine pauschale Rehabilitation derjenigen, die als einfache Soldaten in einem Angriffs- und Vernichtungskrieg Widerstand geleistet haben.



te und Dr. Helmut Kramer zwei ausgewiesene Experten zum Thema eingeladen. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau vertrat auf dem Podium Jan Korte, der aufgrund eines kurzfristig anberaumten Operationstermins nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte. Ludwig Baumann, ehemaliger Wehrmachtssoldat und Deserteur, schilderte seine damaligen Erlebnisse und berichtete von seinen jahrelangen Bemühungen um Gerechtigkeit für sich und andere damalige Soldaten, die sich dem Naziregime widersetzen.

Wer anerkenne, dass das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg als einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen hätte, der

die er in seinem Buch „Das letzte Tabu: NS-Militärjustiz und Kriegsverrat“ bearbeitet hatte. Vor dem Hintergrund der ihm bekannten Fälle sei es nicht nachvollziehbar, dass der Bundestag am 17.5.2002 zwar symbolhaft die Urteile gegen Deserteure aufhob, aber „Kriegsverräter“ explizit von der Regelung ausgenommen wurden.

Dr. Helmut Kramer verwies auf die Situation der Verurteilten und deren Familien in den Anfangsjahren der Bundesrepublik: Zwar wurden viele Täter des Dritten Reichs, darunter auch die meisten Militär Richter, rehabilitiert und konnten ihren Beruf weiterhin ausüben. Diejenigen jedoch, die sich dem Naziregime entgegengestellt

Ueber Macht und Arbeit

Filmfestival in Halle „Ueber Macht“ 26.03.-01.04. im Lux Puschkino

Arbeiten, etwas Schaffen und damit sein Geld für seinen Lebensunterhalt verdienen, ist eine zentrale Antriebsfeder für alle Menschen. Das Sprichwort „Schaffe, schaffe, Häusle baue“, das wohl jeder kennt, zeigt, wie gerade wir Deutschen unser Leben über Arbeit definieren. Doch ist Arbeit überhaupt noch aktuell? Wie arbeiten wir in einer globalisierten Gesellschaft? In Deutschland werden Menschen arbeitslos, weil ihre Jobs in andere

Deutschland zu Gast und lädt Ende März in Halle zum Mitdiskutieren ein. Diskutiert wird über die Macht, ihre Kontrolle, über nötige und unnötige Regeln und die besten Wege zu mehr Selbstbestimmung. Wie auch in anderen Städten gibt es in Halle einen örtlichen Veranstalter, der das umfangreiche Rahmenprogramm organisiert. In Halle ist dies der Mohio e.V.. Der Verein hat es sich zum Ziel gesetzt, gesellschaftliches, wirtschaftliches und politi-

Monsanto systematisch zum Verstummen. Robins Film enthüllt die Einflussnahme des Konzerns auf Politik und Kontrollbehörden bei seinem weltumspannenden Griff nach der Macht über unser Essen. Der Film wird am 26. März 2009 19:00 Uhr gezeigt. Danach ist ein Filmgespräch mit Benedikt Haerlin, Zukunftsstiftung Landwirtschaft und Initiative »Save Our Seeds« möglich.

Die Amnesty International Hochschulgruppe Halle beteiligt sich in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung am Filmfestival als Partner des Films »Die Schuld, eine Frau zu sein«. Er erzählt die eindrucksvolle Geschichte von Mukhtaran Mai, die im Juni 2002 in Pakistan von dem Ältestenrat ihres Dorfes dazu verurteilt wurde, von einer Gruppe Männern vergewaltigt zu werden. Sie wurde bestraft, weil ihr damals 12-jähriger Bruder angeblich die Ehre einer einflussreichen und sozial höherstehenden Familie verletzt hatte. Der Film zeigt, wie Mukhtaran Mai ihre Opferrolle überwindet. Ihr Mut und ihre Beharrlichkeit sowie ihr Engagement insbesondere für die Bildung von Mädchen und Frauen vermitteln eine hoffnungsvolle Perspektive auf ein selbst bestimmtes Leben.

Im Anschluss an den Film (01. April 2009 19:00 Uhr) besteht die Möglichkeit zu einer Diskussion mit Prof. Dr. Godula Kosack, TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e.V..

Das gesamte Programm zum Filmfestival kann unter <http://diegesellschaftler.de/uebermacht/stadt.php?cid=280> eingesehen werden. wg

Vorschau auf eine Veranstaltung von attac Halle in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt

„Beeinflusst die Wirtschaftskrise die Attraktivität von börsennotierten Immobilienaktiengesellschaften (REITs) und die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge aus Sicht privater Investoren?“
ist das Thema einer Veranstaltung mit

Guido Henke,

DIE LINKE., Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt

am 16.04.09 19:00 Uhr in der Freiwilligenagentur.

In der nächsten Ausgabe gibt es mehr Informationen!

Länder verlegt werden. Dort entsteht neue Arbeit, aber die Menschen können von dem verdienten Geld nicht leben. Sie haben oft weniger Rechte und genießen beim Arbeiten weniger Schutz. Das macht die Arbeit billiger, zeigt aber, dass Arbeit und Wirtschaft eng mit Macht verknüpft sind. Seit drei Jahren stellt die Gesellschafter-Initiative der Aktion Mensch diese Machtfrage: „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ Sie nimmt damit den Anspruch wörtlich, dass in einer Demokratie alle Macht vom Volke ausgeht. Zugleich aber dokumentiert sie in den verzweigten Diskussionen dieses Volkes, wie komplex Machtverhältnisse in Wirklichkeit sind. Das Filmfestival „Ueber Macht“ ist in 120 Städten in ganz

sches Wissen zu vermitteln, um Menschen anzuregen, in einer Demokratie verantwortungsvoll zu handeln. Neben diesem Verein sind auch zahlreiche andere Vereine und Netzwerke, wie attac, bei dem Festival veranstaltend tätig.

attac Halle betreut gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung den Film »Monsanto - mit Gift und Genen« Genetisch veränderte Lebensmittel sind sicher. Das sagen die Hersteller-Firmen. Marie-Monique Robins brillante Recherche über den Biotechnologie-Konzern Monsanto untersucht, wie die »wissenschaftlichen Beweise« für diese Behauptung zu Stande kommen. Sie findet heraus, dass Gen-Manipulierer auch Forschungsergebnisse manipulieren. Gegenstimmen bringt

Entwicklungshilfe als Mittel zur Erschließung neuer Märkte

„Mal wieder steht die Erschließung neuer Märkte für deutsche Unternehmen im Vordergrund der Forschungspolitik der Bundesregierung“, so Petra Sitte zur heutigen Vorstellung der Projekte zur Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung durch Bundesforschungsministerin Schavan. Die forschungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Diesmal geht es um die ärmsten Regionen der Welt, deren Tore mit Hilfe von Forschung und Innovation geöffnet werden sollen. Zwar werden Synergieeffekte und Win-win-Situationen proklamiert, aber im Vordergrund steht weiter aufgrund restriktiver Patent- und Verwertungsrechtspolitik die Wertschöpfung des Exportweltmeisters Deutschland.

Ein eindringliches Beispiel für die Folgen einer solchen Politik ist die Unterversorgung von Entwicklungsländern mit dringend benötigten Medikamenten, wie beispielsweise im Bereich Tuberkulose und Malaria. Da die öffentliche Hand zunehmend die Erforschung von Pharmainnovationen finanziert, hat sie auch Spielräume für eine Politik des Teilens.

DIE LINKE fordert in einem in dieser Woche eingebrachten Antrag, dass das Forschungsministerium diese Spielräume - etwa in der Lizenzvergabe - nutzt, um den ärmsten Ländern preisgünstige Medikamente zur Verfügung stellen zu können. Der in öffentlicher Regie entwickelte vielversprechende Tuberkuloseimpfstoff VPM 1002 darf nicht einfach meistbietend und



Petra Sitte

exklusiv an einen Pharmakonzern verkauft werden. Zudem soll die Bundesregierung zehn Prozent der in der 800 Millionen Euro teuren ‚Pharmainitiative‘ nutzen, um neue Medikamente gegen so genannte ‚Armutskrankheiten‘ zu entwickeln. So könnte die deutsche Forschungspolitik einen uneigennütigen und wirksamen Beitrag zur Bewältigung der dramatischen Situation in den Entwicklungsländern leisten.“



Der 13. März 2009 ist in unserer Stadt ein beachtenswerter Gedenktag und in diesem Jahr in zweifacher Hinsicht. Seit das Standbild vom „Kleinen Trompeter“ vom Saaleufer zur Sicherung in das Museumsdepot in die Lerchenfelstraße gebracht wurde, treffen wir uns an der Gedenktafel in der Burgstraße, um an den Blutfreitag im Volkspark zu erinnern. Die Intonierung traditioneller Arbeiterlieder mittels Blasinstrumente gehören zu den ergreifenden Momenten.

In diesem Jahr war es angetan, noch an die Ermordung von Karl Meseberg vor genau 90 Jahren zu erinnern. Er war Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates. Dies war Anlass, auch am Ort des Grauens, auf der Hafentbahnbrücke, Blumen zu hinterlassen. Die Teilnehmerzahlen an den beiden Gedenkortern zeigten, dass die Erinnerungskultur ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Arbeit bleiben soll. Die Gedenktafel auf der Hafentbahnbrücke wird zunehmend mehr in den Blickpunkt geraten, da der Spazier- und Radfahrweg entlang der Hafentbahntrasse etappenweise als Naherholungsprojekt vervollständigt wird.

Ideen für eine Generationsgerechtigkeit - ein Resümee zum Fachgespräch des Arbeitskreises Gesundheit und Soziales der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) am 4. März 2009

Wenn sich Menschen zusammenfinden und ihre Köpfe anstrengen, um gemeinsam ein Problem zu lösen - heute sagt man „Brainstorming“ - dann ist es gut, wenn sie aus den unterschiedlichsten Perspektiven ihre Sicht äußern. Unser Arbeitskreis hat sich in seiner Arbeit schon mit mehreren aktuellen Themen beschäftigt und sich der Form der öffentlichen Diskussion bedient. Zu erwähnen sind hier u. a. die Veranstaltungen „Kinder im Spannungsfeld zwischen Reichtum und Armut“ (2001) oder die Fachtagung „Menschen mit Behinderungen im Spannungsfeld zwischen Gesetzgebung und Realität“ (2003).

Mit unserer Veranstaltung „Eine Idee für die Generationsgerechtigkeit“ wollten wir die Diskussion anregen, wie es gelingen kann, für ältere BürgerInnen die geeignete Wohnform zu finden, die hilfebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglicht. Dabei stand auch die Frage, wie können wir es in Halle erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die sich wünschen, zu Hause bis zu ihrem Lebensende wohnen zu bleiben und dort gepflegt werden? Um diese Zielstellung zu erreichen, braucht man eine enge Zusammenarbeit zwischen Vereinen und Vertretern der Wohnungsverwaltungen und den Senioren selber.

Herr Prof. Dr. Dr. Dörner, Mediziner und Psychiater aus Hamburg, gab in seinem Vortrag einige Anre-

gungen, wie so ein Zusammenleben aussehen und organisiert werden könnte. Er bezog sich u. a. auch auf das „Bielefelder Modell“, welches 1996 als Nachbarschafts-Wohnpflege entstand.

Seine wichtigsten Merkmale sind:
* Kooperation der Wohnungswirtschaft mit ambulanten Pflegediensten.

* Versorgungssicherheit im Wohnquartier durch barrierefreie Wohnungen, Gästezimmer für Angehörige u. a., Servicebüro und Raum für Nachbarschaft, unterstützt von Angehörigen, Betreuern, Nachbarn, Freunden, Wohnküche im Zentrum des Wohnprojektes, Ambulanter Dienstleister im Wohnprojekt und im Quartier im Umkreis von ca. 1 km, weitere Wohnungen, Kirchen, Vereine, Geschäfte, Bürgerinitiativen, ambulantes Intensivteam im Hintergrund u. a. m.

* Anforderungen an das Hilfesystem: Bürger möchten auch bei hohem Hilfebedarf selbstbestimmt in ihrem Wohnquartier leben; die Wohnungswirtschaft möchte Mieter in ihren Wohnungen halten und Zufriedenheit im Quartier erreichen; Soziale Dienstleister möchten neue und dauerhafte Beziehungen herstellen; Kommunen möchten lebendige und attraktive Wohnquartiere.

* Ziele eines ambulanten Wohnprojektes: Integratives Wohnen von jungen und alten Menschen, von Menschen mit Behinderungen, von Menschen mit geringem und ho-

hem Hilfebedarf in den Wohnprojekten, aber auch im bestehenden Umfeld; es soll Normalität und Selbstbestimmung sichern; Mieter sollen auch bei steigender und hoher Hilfebedürftigkeit in ihrem Wohnquartier (wenn es nicht die vorhandenen Räume erlauben) leben können; 24 Stunden Sicherheit für die Menschen im Wohnprojekt und im Quartier; Stärkung der Selbsthilfefähigkeit durch frühzeitige Unterstützung.

* Als Finanzierungsgrundlagen für die ambulante Hilfe werden angegeben: SGB V, Häusliche Krankenpflege, SGB XI Pflegekasse und Privatzahler, SGB IX Rehabilitation.

Herr Schuster, Geschäftsführer des Vereins Volkssolidarität 1990 e. V., berichtete in seinen Ausführungen von Modellprojekten - z. B. dem Gut Gimritz. In diesem Objekt wohnen in einem Wohntrakt junge Familien, in einem anderen Teil ältere Menschen. Dem Raum für Begegnungen, des alltäglichen Zusammenlebens - wird hier versucht zu begegnen. Der Verein Volkssolidarität 1990 e. V. unterstützt in mehreren Sozialzentren das Leben der BürgerInnen im Wohnumfeld.

Liane Lang - Seniorenrat der Stadt Halle - regte in ihrem Redebeitrag an, vor allem mit der Verwaltung der Stadt Halle und den Wohnungsgesellschaften im Rahmen der Stadtentwicklungskonzepte neue

Wohnformen für ältere BürgerInnen zu entwickeln. Sie unterstützte damit die Meinung, dass ältere BürgerInnen möglichst lange in „ihren“ Wohnungen bleiben möchten. Dabei spielt auch die Bezahlbarkeit von Wohnungen eine entscheidene Rolle! Herr Bremel von der GWG Halle-Neustadt unterstrich, dass gerade im Stadtteil Halle-Neustadt dem hohen Altersdurchschnitt der BürgerInnen entsprochen wurde und eine Vielzahl von Wohnungen umgebaut bzw. barrierefreundlicher gestaltet wurden. Er verwies auf seine Erfahrung, dass die Hilfe untereinander - auch von älteren BürgerInnen - untereinander gegeben sei.

In der weiteren Diskussion wurden vielfache Beispiele der Unterstützung von Vereinen und Verbänden ausgedrückt. Kritische Bemerkungen gab es in der Richtung, dass ehrenamtliche Hilfe und Unterstützung aber nicht bedeuten kann, dass professionelle Hilfe „abgelöst“ werden kann! Auch die Frage, welchen Anteil jüngere Menschen im Rahmen der Generationengerechtigkeit übernehmen, blieb noch offen. Hier kam von einigen Teilnehmern der Diskussion das Argument, dass die jüngere Generation durch die Arbeitstätigkeit u.ä. gar nicht die Zeit und die Fähigkeit haben, zusätzliche Zeit für Betreuung auf sich zu nehmen.

Für den Arbeitskreis gibt es nach der Diskussion einiges zu tun, um sich diesem anspruchsvollen Thema weiter zu stellen, vor allem in der Umsetzung eines Konzeptes bzw. zu konkreten Anträgen für den Stadtrat.

Prof. Dr. Ernst Luther
Ute Haupt
AK Gesundheit/Soziales

Fraktion DIE LINKE:

Links wirkt - Landesregierung muss jahrelangem politischen Druck nachgeben

Mit dem heute eingebrachten Nachtragshaushalt des Landes sollen zusätzliche Mittel für die Schülerbeförderung bereitgestellt werden. Dazu erklärt Matthias Höhn, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Landesvorsitzender seiner Partei:

„DIE LINKE unterstützt die Einstellung von Mitteln in Höhe von zusätzlich 4 Millionen Euro ab Beginn des neuen Schuljahres in den Haushalt des Landes, um Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II von den Kosten der Schülerbeförderung zu entlasten. Damit wird ein wichtiger Beitrag zu Verbesserung der Chancengleichheit beim Bildungszugang erbracht.

Es zeigt sich: Jahrelanges beständiges Engagement zahlt sich aus. Seit 2005 sucht DIE LINKE im Landtag nach Mehrheiten, um eine spürbare Lösung für die betroffenen Familien zu schaffen. Noch bei den letzten Haushaltsberatungen hatten CDU und SPD einen entsprechenden Änderungsantrag der LINKEN abgelehnt. Auch mehrere Kreistage hatten schon damals ein entsprechendes Votum in Richtung Land abgegeben.

Nachdenklich machen jedoch die Stimmen aus der Koalition, die den Umfang der Entlastung in Frage stellen. DIE LINKE fordert eine vollständige Kostenfreiheit der Schülerbeförderung. Die eingestellten Mittel reichen dafür aus. Daher muss auch unverzüglich eine rechtliche Regelung nachgeschoben werden, um für die Landkreise Planungssicherheit zu schaffen. DIE LINKE hatte bereits 2006 und 2007 eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes vorgeschlagen.“

www.dielinke-fraktion-lsa.de

„Wir zahlen nicht für Eure Krise“ Demonstration am 28. März in Berlin

In seiner letzten Ausgabe berichtete das „Linke Blatt“, dass der Stadtvorstand plant einen Bus zur Demonstration einzusetzen. Leider haben sich nicht genügend Interessenten gefunden, so dass der Stadtvorstand allen Interessierten die Bildung von Fahrgemeinschaften mittels Wochenendticket empfiehlt.

Die Koordination erfolgt durch Wolfgang Geuitjes
(Telefon 68 545 37)